

# Der Gewerksverein.

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine  
und des Deutschen Arbeiterbundes.

Herangegeben unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände

Dr. Max Hirsch.

Nr. 24.

Berlin, den 12. Juni 1870.

Zweiter Jahrgang.

## Die Arbeiter-Partnerschaft.

I.

Die jetzigen Arbeiterparteien erinnern lebhaft an die Sprachverwirrung beim babylonischen Thurmbau. Wenigstens die Mehrzahl dieser Parteien (wovon wir das ganz fremdartige Element der katholischen und evangelischen Gesellenvereine in keiner Weise rechnen) verfolgen im Grunde genommen dasselbe Ziel. Sie alle wollen das sociale Gebäude der Zukunft errichten, des Spitzes bis an den Himmel reichen, und dessen Fundament nach übereinstimmender Ansicht kein anderes sein kann, als die Umwandlung der Lohnarbeit in die Ertragsarbeit, d. h. die Beteiligung des Arbeiters am Ertrage des gemeinschaftlichen Unternehmens. Das herrschende Verhältnis der Vermittlung der menschlichen Arbeitskraft an den Kapitalisten-Unternehmer gilt mit Recht allen Parteien als eine sittliche und wirtschaftliche Herabwürdigung der freien Arbeit, welche vielmehr, als das wahrhaft Schöpfende und Erzeugende, auch in der Sphäre nicht zum Fortdauern, sondern mindestens zur Mitherrschaft berufen ist.

Diese Theorie nun wird, gleich der Verwerfung der Konsumtions-Steuer u. s. w. mit gewohnter Unkenntnis oder Anmaßung von den Lauffalsern als ihre alleinige Erfindung und ihr ausschließliches Eigentum verstanden. Nicht Arbeitslohn, sondern Arbeitsertrag, denn die Social-Demokraten mit dem ganzen Bewußtsein geistiger Anekdotenheit den „Selbsthülfern“ entgegen. Und doch beruht das ganze System der Selbsthülfe auf nichts anderem! Statt Hunderten von Zeugnissen nur eins. John Stuart Mill, der anerkannte wissenschaftliche Führer unserer Richtung, schrieb bereits vor zwanzig Jahren in seinen berühmten „Grundlagen der politischen Oekonomie“ ein Kapitel: „Von der wahrscheinlichen Zukunft der arbeitenden Klassen“, dessen § 4 in der Inhaltsanzeige mit den lauzen aber gewichtigen Worten zusammengefaßt ist: „Die Tendenz der Gesellschaft geht dahin, das Verhältnis gemieteter Arbeit und Dienste mehr und mehr abzuschaffen.“ Und Schluß: „Delizisch, der praktische Führer der Selbsthülfe, faßt er nicht sein System in den Worten zusammen: „Es gilt, das Kapital der Arbeit dienstbar zu machen?“

So sehen wir also hüben und drüben dieselben Grundgedanken und dieselben Ziele, ja auch der Weg ist beiden Seiten gemeinsam: die Genossenschaft! Welche babylonische Sprachverwirrung hat es vermocht, so gleichgültige Geister nicht nur in verschiedene (das wäre natürlich), nein in entgegengesetzte, einander wütend bekämpfende Heere zu sondern?

Es ist hier nicht der Ort, auf die Ursachen dieser ebenso wunderbaren, als bedauerlichen Erscheinung näher einzugehen. Wohl aber müssen wir auf den Unterschied aufmerksam machen, daß die Partei der Selbsthülfe seit Jahrzehnten Hand anlegt zur Verwirklichung jenes Grundgedankens, während die Staatsozialisten unsere Schöpfungen nur vornehm bekriecheln, ohne etwas Besseres an die Stelle zu setzen. Bekanntlich ist es aber weit leichter, Systeme zu erdenken, als sie in beharrlicher Anstrengung der harten Wirklichkeit

aufzuprägen. Dies gilt ganz besonders von der Productiv-Association.

Die großen Schwierigkeiten der reinen Arbeiter-Productivgenossenschaft mußten ganz naturgemäß zu dem Gedanken führen: ob es nicht möglich sei, ein Uebergangsstadium von der jetzigen Produktionsweise zu derjenigen der Zukunft zu finden, indem der Kapitalist und die Arbeiter zugleich an dem Gewinn des Unternehmens beteiligt sind? Man könnte ein solches Uebergangssystem mit der konstitutionellen Monarchie vergleichen; der Kapitalist-Unternehmer wird nicht abgeschafft, sondern nur in seinen Rechten beschränkt, wogegen den Arbeitern Rechte, aber auch Pflichten, zuwachsen. Der hochverdiente Statistiker, Geh. Rath Dr. Engel, welcher vor mehreren Jahren die Sache zuerst theoretisch und dann praktisch (in den Vorkerischen Messingwerken zu Berlin) bei uns einführt, gab derselben den Namen: „Donus- und Dividenden-Genossenschaft.“ Dieser Name ist für die beste Form der „Industrial Partnership“ (Industrielle Partnerschaft) sehr korrekt; aber er scheint uns für die allgemeine Einführung zu lang und zu schwerfällig. Wir haben deshalb, wenn auch ungern, einen andern Namen, „Arbeiter-Partnerschaft“ gewählt, als zugleich kürzer und das Wesentliche der Sache bezeichnend. Denn das Wesentliche besteht eben darin, daß Arbeiter, aus bloßen Lohnempfängern, zu Partnern des Geschäftes werden — die Formen, in welchen dies geschieht, können und werden sehr mannigfaltig sein.

Zur vollständigen Aufklärung und Prüfung der hochwichtigen Reform glauben wir nicht besser beitragen zu können, als durch Wiedergabe eines zuverlässigen Berichtes über das älteste und ungeweihte ausgeübte Unternehmen dieser Art in England, die Kohlengrube von Briggs & Co. bei Normanston. Wir entnehmen denselben dem bekannten Buche des Grafen von Paris über die Trades Unions, welcher seinerseits aus den Protokollen der königlichen Untersuchungs-Kommission geschöpft hat. Wir werden an diesen Bericht eine Uebersicht über die anderen ähnlichen Unternehmungen in England, Frankreich und Deutschland knüpfen, und dann aus dem Ganzen unsere Schlüsse ziehen. Diese Arbeiter-Partnerschaft verdient die höchste Aufmerksamkeit aller denkenden und strebenden Arbeiter.

(Fortsetzung folgt.)

## Ueber die Nothwendigkeit einer möglichst hohen Kranken-Unterstützung.

Von H. Bloch, Maschinenbauer in Landsberg a. M.  
Es giebt in Deutschland gewiß recht viele Krankenkassen, auch sind die Unterstützungen in denselben sehr verschieden. Ich glaube aber wohl nicht zuviel zu sagen, wenn ich behaupte, daß es nicht eine giebt, die ihrem Zwecke vollständig entspricht, wenigstens ist mir eine solche nicht bekannt.

Alle diese Kassen befolgen nur einen Grundgedanken dieser Art: der Arbeiter darf während seiner Krankheit nicht mehr Unterstützung erhalten, als zur Fristung des erbärmlichsten Lebens durchaus nöthig ist; bekommt er mehr, so steht zu erwarten, daß er sich wohl einen Tag früher, als durchaus nöthig, legt, und nach der Genesung ebensobald später zur Arbeit

geht, was der Kasse so und so viel mehr kosten würde.

Jeder Mensch, er sei reich oder arm, ist an eine gewisse Lebensweise gewöhnt, von der er ungern abweicht. Beringert sich sein Einkommen soweit, daß er von dieser gewohnten Lebensweise abweichen muß, so bringt dies schon bei dem gesunden Menschen eine gewisse Mißstimmung hervor.

Nun denke man sich in die Lage eines kranken Arbeiters, der während seiner gesunden Tage wöchentlich 4 bis 6 Thlr. verdiente. Mit diesem Gelde haben sich Mann und Weib schon seit Jahren eingewirtschaftet und fühlen sich so zu sagen ganz beglücklich. Etwas von diesem Verdienst für etwaige kommende Krankheiten zurück zu legen, das ist freilich seinem eingefallenen, denn an so etwas zu denken, hat der Arbeiter keine Zeit. Nun ist er aber krank und bekommt statt der sonst wöchentlich verdienten 4-6 Thlr. aus seiner Krankenkasse pro Woche 2 Thlr. Was sagt die Frau, die sonst mit 4-6 Thlr. zu wirtschaften gewohnt war, mit diesen 2 Thlr. an? Sie steht gewiß ratlos da.

Wenn der Mann nun 8 oder 12 Wochen krank liegt, oder gar noch länger; die Seinen weinen um ihn herum und schreien um Brod, schreien Hunger! In welcher Stimmung mag sich wohl der Armste befinden, wenn der Termin der Wohnungs-Miethe und sonstiger Prämien oder Beiträge, durch welche er vielleicht für künftige seiner Familie etwas sichern wollte, naht und er nicht zahlen kann? Wenn durch dieses Nichtzahlen die Jahre hindurch abgesparten Groschen und die von der Familie begebte Hoffnung auf immer verloren gehen? Hat solcher kranker Arbeiter wohl die Stimmung, welche zu seiner baldigen Genesung nöthig ist? Wird solcher Kranke statt Tage nicht Wochen zu seiner Gesundung brauchen? Werden der Krankenkasse die Wochen nicht mehr kosten, als ihr die Tage gekostet hätten, wenn der Kranke Aussicht auf genügende Kranken-Unterstützung gehabt hätte, also sich früher gelegt, wodurch die Krankheit vielleicht schon im Keime erstickt werden konnte?

Ich glaube, das sind Thatsachen, die sich nicht bestreiten lassen.

Wäre es da nicht gerathen, die Kranken-Unterstützung so einzurichten, daß der Haushalt vollständig gedeckt wird, um den Arbeiter nicht auf solche unerschuldete Weise verarmen zu lassen?

Viele werden sagen: wenn der Arbeiter im Krankheitsfall eine so hohe Unterstützung erhält, daß seine materielle Lage durch die Krankheit nicht geschädigt wird, so wird diese Wohlthat mißbraucht werden. Diese Ansicht muß ich vom moralischen Standpunkt aus bestreiten. Sollten sich aber wirklich unter 50 Kranken 2 solche Betrüger vorfinden, so halte ich es doch für sehr hart, daß man dieser Weiden wegen 48 Unschuldige will mit verderben lassen. Auch wird die Kranken-Kontrolle solche Faulfräule sehr bald herausfinden und denselben die Unterstützung entziehen können, wodurch derartigen Betrügereien ein sicheres Ziel gesetzt wird.

Und ist das denn nicht auch ein Mißbrauch, wenn man den Kranken durch Noth zwingt, halb ausgekurt

Der Herausgeber von unter-  
Hand & Gumpelmann nimmt für die  
Kasse die Kosten an den Druck-  
kosten (Dr. Max Hirsch, Buch-  
handlung) trägt der em-  
pfindliche Brief von 6 Ggr. = 21 Kr.  
Der Gpr. etc., welche franco  
eingesendet hat.

§ 6. Jede derartige Vorlage wird in parlamentarischer Form unter Leitung eines der beiden Vorsitzenden verhandelt. Das Protokoll giebt den Verlauf der Debatte in möglichst kurzer und Genauigkeit wieder. Das Ergebnis der Verhandlungen wird in Form von Resolutionen zusammengefaßt und den Beschwerdeführern schriftlich mitgeteilt.

§ 7. Es steht dem Einigungsamte zu, in geeigneten Fällen aus seiner Mitte eine Deputation zur mündlichen Vorstellung an eine oder beide Parteien abzuordnen.

Bei Fragen von allgemeinem Interesse kann Veröffentlichung der Protokolle beschlossen werden.

§ 8. Die mit den Verhandlungen verbundenen Kosten, als: Botenlöhne, Lokalmiethe u. müssen im Betrage von 20 Sgr. jeder Beschwerde sofort beigefügt werden.

§ 9. Etwasige Veränderungen dieser Grundzüge unterliegen Majoritätsbeschlüssen im Einigungsamte und der Genehmigung der auftraggebenden Versammlungen. Diese Grundzüge sollen durch beide hiesige Blätter einmal veröffentlicht werden.

Die Arbeitnehmer erwiderten darauf durch folgende Schriftstücke:

Grünberg i. Schl., 25. Mai 1870.

An die

Einigungsmänner der Arbeitgeber hiesiger Tuchfabrikation.

Hochgeehrte Herren!

Gestatten Sie uns zunächst Ihnen und Ihren Vätern unsern aufrichtigen und tiefgefühlten Dank dafür auszusprechen, daß Sie unsern Vorschläge, auch hiesige Einigungsmänner zu wählen, so bereitwillig nachgekommen sind.

In Ihrem Schreiben vom 21. d. M. nun knüpfen Sie Ihre Zustimmung zu dem Zusammentritt eines Einigungs-Amtes an die Bedingung, daß durch die neue Institution jede Einmischung von außerhalb in die etwaigen Differenzen zwischen hiesigen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Tuchfabrikation ausgeschlossen sei und bleibe.

Darauf sind wir so frei, zu erwidern, daß der vorzüglichste Zweck eines Einigungsamtes gerade dieser ist, etwaige Beschwerden auf dem Wege ruhiger Beratung und ohne jegliche Einmischung, die etwa von außerhalb des Gewerks kommen könnte, beizulegen. Indem also Sie und wir, d. h. das ganze Gewerk zu einem Einigungsamt wählen, stellen wir, beiderseits, für das Einigungsamt, selbstverständlich und stillschweigend schon dieselbe Bedingung auf, die Sie noch ausdrücklich auszusprechen für angemessen finden.

Wenn aber, in einem einzelnen Fall, eine Vereinbarung, — wider unsern Erwarten und Hoffen — nicht gelingen sollte, so werden Sie sich freies Handeln vorbehalten und dasselbe Recht beanspruchen und haben auch wir.

Indes, wozu, Hochgeehrte Herren, in dem Augenblicke, wo die Mittel zu einer stets friedlichen Verständigung geschaffen werden sollen, wozu an einen Mißerfolg denken? Lassen Sie und vielmehr von beiden Seiten in aller Offenheit die Hand dazu bieten, ein Einigungsamt hier zu bilden und dann zusehen, ob das Wirken desselben den geübten Erwartungen entspricht.

Die Grundzüge, welche Sie die Güte hatten, und einzulenden, sind gewiß vorurtheilslos.

Gleichwohl haben wir geglaubt, in dem beifolgenden Gegenentwurf noch einige abändernde, vor allen Dingen aber einige vervollständigende Vorschläge machen zu müssen, die wir die Ehre haben, Ihnen zur gefälligen recht baldigen Begutachtung zu unterbreiten.

Wir sind jederzeit bereit, Ihnen die Motive unseres Gegenentwurfs mündlich auseinanderzusetzen.

Bei Abfassung dieser Grundzüge hat uns der Gedanke geleitet, daß es, einerseits, jedem Einzelnen möglich sein müsse, eine Beschwerde vorzubringen, daß aber, andererseits, dahin gestrebt werden müsse, vor dem Einigungsamt nur wirklich wichtige und erhebliche Angelegenheiten zuzulassen.

Wir haben die Ehre zu sein Ihre hochachtungsvoll ergebene

die Einigungsamt der Arbeitnehmer hiesiger Tuchfabrikation

Ernst Schulz (Mitgl. des Tuchmachergewerks.) Adolph Alt. Albert 2. Jgt. Friedrich Lehmann. Gottlob Niehl. Edward Jacob. Reinhold Liebig.

### Gegenentwurf.

#### Grundzüge

für ein Einigungsamt zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Tuchfabrikation in Grünberg i. Schl.

#### Einleitung.

Unterzeichnete, aus der freien Wahl der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der hiesigen Tuchfabrikation hervorgegangene 14 Einigungsmänner haben im Auftrage ihrer Wähler folgende Grundzüge für Organisation und Wirksamkeit des Einigungs-Amtes festgestellt:

§ 1. Zweck des Einigungsamtes ist Verständigung, Prüfung und mögliche Beilegung streitiger Punkte zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern (sowohl männlichen als weiblichen).

§ 2. Das Einigungsamt besteht aus 14 zu gleichen Theilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gewählten Einigungsmännern, und je drei Ersatzmännern, welche im Behinderungsfalle der Reihe nach eintreten.

Dieselben gelten als auf die Dauer von einem Jahre berufen und dürfen wieder gewählt werden. Die Wahl findet im Januar jedes Jahres statt.

Bemerkung 1. Die am 2. und 13. Mai 1870 gewählten Einigungsmänner bleiben bis zum Januar 1872 im Amt.

Bemerkung 2. Ob nicht späterhin von Seiten der Arbeitgeber in öffentlicher Versammlung und von Seiten der Arbeitnehmer in gemeinsamer Abstimmung zu wählen ist?

Bemerkung 3. Ob nicht späterhin von beiden Theilen Vollmachten präsentirt werden sollen, welche von den Wählern beider Theile unterschrieben sind?

§ 3. Das Einigungsamt konstituirte sich durch Wahl zweier Vorsitzenden, von denen jeder Theil durch absolute Stimmenmehrheit einen erwählt, und durch Wahl zweier Sekretäre, die durch absolute Stimmenmehrheit gewählt werden.

Diese Wahlen gelten auf ein Jahr und dürfen für dieselben Personen wiederholt werden.

Bemerkung. Ob nicht späterhin nur ein Vorsitzender, sowie ein Stellvertreter zu wählen ist? und ob nicht späterhin der Vorsitzende, resp. der Stellvertreter bei Stimmenmehrheit den Ausschlag geben soll?

§ 4. Alljährlich wählt zugleich das Einigungsamt aus seiner Mitte ein Boramt, welches aus vier Einigungsmännern besteht. Dies Boramt soll seinen Einfluß dahin anwenden, daß alle ihm vorgelegten Beschwerden auf gültlichem Wege und in aller Kürze geschlichtet werden. In keinem Fall soll jedoch das Boramt ein Gutachten oder eine Resolution aussprechen.

§ 5. Erst wenn die Vermittlungsversuche des Boramtes ohne Erfolg geblieben, werden die Beschwerden vor das Einigungsamt gebracht.

Das Einigungsamt tritt, regelmäßig alle Vierteljahre, nämlich am ersten Montage des Januar, April, Juli und Oktober zusammen. Außerdem muß es zusammen-treten, sobald ein Vorsitzender durch drei Einigungsmänner, unter schriftlicher Begründung, zur Berufung aufgefordert wird. Die Versammlung soll nach spätestens innerhalb einer Woche stattfinden.

Das die Versammlung berufende Rundschreiben soll den Gegenstand der Beratung mit möglicher Genauigkeit angeben.

§ 6. Jede, zunächst dem Boramt vorzulegende, Beschwerde muß schriftlich, mit möglicher Genauigkeit, vorgebracht werden. Die Zahl der unterzeichneten Beschwerdeführer muß mindestens fünf sein, oder, falls die Zahl der Beschwerdeführer weniger als fünf beträgt, so muß, durch Unterschrift die Beschwerde von noch so vielen unterstützt, oder resp. gebilligt werden, daß im Ganzen mindestens fünf Unterschriften vorhanden sind. Beschwerden, die vor das Einigungsamt kommen, müssen letzterem mindestens eine Woche vor Zusammentritt bekannt sein.

§ 7. Jede derartige Vorlage wird in parlamentarischer Form unter Leitung eines der beiden Vorsitzenden (was im Beginn jeder Sitzung jedesmal durch geheime Abstimmung bestimmt wird) verhandelt. Das Protokoll giebt den Verlauf der Debatte in möglichst kurzer und Genauigkeit wieder. Das Ergebnis der Verhandlungen wird in Form von Resolutionen zusammengefaßt und den Beschwerdeführern schriftlich mitgeteilt.

§ 8. Es steht dem Einigungsamte zu, in geeigneten Fällen aus seiner Mitte noch eine besondere Deputation zur weitem mündlichen Vorstellung an eine oder beide Parteien abzuordnen.

Bei Fragen von allgemeinem Interesse kann Veröffentlichung der Protokolle beschlossen werden.

§ 9. Die mit den Verhandlungen verbundenen Kosten, als: Botenlöhne, Lokalmiethe u. s. w. werden von beiden Theilen zur Hälfte getragen.

§ 10. Etwasige Veränderungen dieser Grundzüge unterliegen Majoritätsbeschlüssen im Einigungsamte und der Genehmigung der auftraggebenden Versammlungen. Ein Antrag auf Abänderung muß mindestens einen Monat vor Zusammentritt des Einigungsamtes eingebracht werden.

Diese Grundzüge sollen durch beide hiesige Blätter einmal veröffentlicht werden.

\*) Besser wäre es vielleicht, wie mir gestern ein Fabrikant vorschlug, den Vorsitz in den nacheinanderfolgenden Sitzungen zwischen den beiden Vorsitzenden abwechseln zu lassen, so daß jede Sitzung ihren Vorsitzenden schon vorher bestimmt hat (wenn überhaupt zwei Vorsitzende sein sollen).

die Arbeit wieder zu beginnen, um der Krankheit bald wieder aufs neue zu erliegen?

Wenn Einige fragen sollten, wie es dem Arbeiter möglich sei, solche hohen Beiträge zu zahlen, so diene ihnen zur Antwort, daß der Haushalt darnach eingerichtet werden muß, um die Beiträge ersparen zu können. Besser ist es doch gewiß in den gesunden Tagen etwas zu entnehmen, als sich während der Krankheit in der trostlosesten Lage zu befinden.

Darum sage ich nochmals: Der Arbeiter muß seinen Haushalt für alle Fälle gesichert wissen, erst dann kommt für ihn eine bessere Zeit.

### Wochenschau.

(Die Wahlbewegung und das Militär-Budget. — Konstituierung der Fortschrittspartei. — Schulze-Delitzsch in der Niederlausitz. — Sozial-demokratischer Kongreß in Stuttgart. — Kongreß der Freirechtlichen in Zürich. — Verbandstag des deutschen Arbeiterbundes in Aischaffenburg.)

Raum sind die Thüren unserer Parlamente — gleich denen des Kriegstempels in Rom nur zu lange geöffnet! — einmal wieder geschlossen, so drängt schon das politische Leben mit aller Macht in die Wahlagitation. Alle politischen Parteien und Farben (und Deutschland hat deren leider Gottes mehr als der Regenbogen!) rufen sich bereits zum bevorstehenden Kampfe, und in der That ist keine Zeit zu verlieren, da gegen Mitte September, also in drei Monaten, die Reichstagswahlen stattfinden sollen und mindestens der entschiedene liberalen Partei eine neue und kräftige Organisation dringend Noth thut. Wahlprogramme, Wahlkomitees, Wahlversammlungen wachsen wie Pilze aus dem Boden, auch die preussische Regierung hat schon ihre Stimme durch die Provinzial-Korrespondenz vernehmlich erschallen lassen. Sie sucht in längerer Ausführung die Wähler beträchtlich abzukühlen; der kurze Sinn lautet: wozu der Lärm, Ihr könnt ja doch nichts machen, denn durch die Bundesverfassung ist die bestehende Militär-Organisation unvermeidlich gemacht.

Hätte noch irgend Jemand gezwweifelt, worauf es bei den nächsten Wahlen in erster Linie ankommt, die werthe „Provinzial-Korrespondenz“ hat für Aufklärung gesorgt. Es ist das Militär-Budget mit seinen nahe 70 Millionen Thalern — und das Budget-Recht des Reichstages, welches schon jetzt von dem Regierungsorgan in Frage gestellt wird. Die Arbeiter aber, als die Meist-Belasteten, sind auch die Meist-Interessirten, daß die Millionen, die ihr Schweiß aufbringt, mindestens nicht ohne Bewilligung der Volkvertretung verausgabt werden. Daher müssen überall, wie in Berlin, in Breslau, in Königsberg u. s. w. bereits gesehen, die Arbeiter in vorröster Reihe für die Wahlen fester und entscheidener Volksmänner eintreten, und die wo andere Klassen sich nicht rühren, ist es um so mehr Pflicht für die Arbeiter, sie durch selbstthätiges Vorgehen anzuregen.

Das Central-Wahlkomitee der Fortschrittspartei für den ganzen norddeutschen Bund ist gebildet; dasselbe besteht aus ca. 150 namhaften Persönlichkeiten in fast allen Ländern und Provinzen Norddeutschlands, und wir finden darunter neben Abgeordneten und städtischen Vertretern auch bekannte Namen aus den Kreisen der Arbeiter- und Gewerbetreibenden: Krebs, Baldow, Vambgraf, Baad, Blum, Schmidt (Maschinenbauer), Dunkel, Thorade (Idenburg). Der geschäftige Ausschuh der Fortschrittspartei, welcher dieser Tage seine Thätigkeit begonnen hat, besteht aus dem Herren Dr. Löwe (Salze), Runge, Dunder, Dr. Langerhans und Dr. Mar Hirsh. — Wir brauchen kaum zu bemerken, daß wir die Wahlbewegung vom Standpunkt der Arbeiterinteressen aufmerksam verfolgen werden.

Weber die Reize des Abg. Schulze-Delitzsch in der Lausitz schreibt man uns:

**Sachsen, 3. Juni.** Auf eine erit am vergangenen Mittwoch an Schulze-Delitzsch gerichteten Bitte dießiger Arbeitgeber und Arbeiter, hielt sich derselbe am gestrigen Tage bei seiner Rückkehr von Sorau hier auf und hatte am Vormittag eine Besprechung mit einer Anzahl dießiger Fabrikanten. Jeder hatten außer den dießigen Industrianten nur wenige von dieser Versammlung Kenntnis erlangt und wir können daher dieselbe auch nur mittheilen, daß die beabsichtigte Errichtung von Einigungsämtern gute Fortschritte gemacht hat.

Für gestern Abend hatte Schulze-Delitzsch auf besondern Wunsch des Vorstandes des Ortsvereins der Stuhl-

arbeiter hier einen Vortrag zugeagt, wozu der genannte Verein durch Plakate eingeladen hatte. Vor ein größeren Versammlung sprach der Volksmann denn auch in fast zweistündiger Rede über die Arbeiterbewegung der Zeit.

Einleitend weist der Redner darauf hin, daß die Arbeiterbewegung keineswegs bloß der Kruxzeit angehört, sondern stets da eingetretten sind, wo ein wesentlicher Fortschritt in der Kultur stattgefunden und aus daraus der Schluß, daß solche Bewegungen mit dem Fortschritte der menschlichen Gesellschaft notwendiger Weise verbunden seien. Deshalb suchten auch alle politischen Parteien Stellung zu dieser Frage zu nehmen, nur eine der wichtigsten gesellschaftlichen Klassen, die der Groß-Industriellen verhalte sich mehr oder weniger abweisend gegen solche Vorgänge und glaube, wenn ihr die Bewegung lästig würde, durch lokale Vorkehrungen etwas Daagegen auszurichten. Die großartigen Fortschritte der Naturwissenschaften neuerer Zeit haben diese Bewegung in allen größeren Kulturländern gleichzeitig hervorgerufen. Das Ergebnis ist die Forderung eines menschenwürdigen Daseins auch für die bisher zurückgebliebenen Klassen, der vorzugsweise sog. Arbeiter. Einen großen Theil der Schuld an den jetzigen sozialen Zuständen trage die besitzende Klasse, die nicht gethan habe zur sittlichen Hebung und Fortbildung ihrer Nebenmenschen, dazu biete das Verstehen die beste Gelegenheit, durch dasselbe steigere sich jede Einzelkraft und hier sei der Ort Hand anzulegen. Redner kam hierbei auf die Selbsthülfe und im Gegensatz dazu auf die Lehre der Sozialisten, die zu ihrem Bestehen die Hülfe des Staats verlangen. Auf die Stellung der politischen Parteien zu den Arbeiterbewegungen übergehend, berührte der Redner die Verbindung der Reaction mit der sozialistischen Partei und stellte dann die Forderung auf, die man vernünftiger Weise an den Staat stellen müsse und diese lassen sich in folgenden Sätzen zusammenfassen: Wir verlangen: 1. Bürgerliche und wirtschaftliche Freiheit. 2. Gleichberechtigung vor dem Gesetz. 3. Schonung der Kräfte und Mittel des Volks. 4. Hebung und Freistellung der Volksschule, und dem gegenüber was verlangen wir nicht: 1. keinen bürokratischen Staat, 2. keinen Ständestaat, sondern einen Volksstaat, 3. keinen Militärstaat, 4. keinen absoluten Staat. Besteren haben wir in Preußen nicht, aber Jeder müsse dabinstreben, daß die Verfassung die wir haben, auch zur Wahrheit werde. Dies sind die Forderungen der Liberalen, wenn sie erit richtig aufgefaßt und durchgedrungen, dann werde es auch besser für unser Vaterland werden. Die Zuhörer erhoben sich um zu danken von ihren Plätzen. Schulze-Delitzsch sprach seinen Dank dafür aus und ermahnte noch, in der bevorstehenden Bewegung maßvoll fortzufahren.

Die „ehrlichen“ Sozial-Demokraten, Bebel, Liebknecht u. s. w. haben wieder einen ihrer mächtigen Congresse in Scene gesetzt und wieder hat sich dasselbe Trauerspiel abgepielt, das so häufig schon die Zerissenheit der Deutschen dargeboten. Wir stimmen wahrlich nicht mit jenen Parteimachern überein, die schöne Luftschlöffer eines unabweisbaren Zukunftsaates aufbauen und dabei jedes praktische Ziel aus den Augen verlieren, dennoch aber müssen wir unser Bedauern ausdrücken, daß die Anhänger Schweigers in ihrer beliebten Ständemanier wiederum herbeigeeilt waren, um, wie es scheint, nach festem Princip, das freie Versammlungsrecht illusorisch zu machen. Ein Augenzeuge aus Süddeutschland, den die Neugier nach Stuttgart, wo dieser Congreß abgehalten wird, geführt hatte, schreibt uns darüber unterm 6. ds.:

„Ich war gestern (am 5. ds.) dort als Zuhörer auf der Gallerie; es waren nach meiner genauen Zählung 300 Personen im Saal und etwa 100 auf der Gallerie. Die Verhandlungen sollten — wie ausgeschrieben war — von 10—3 Uhr dauern, aber schon um 12<sup>1/2</sup> Uhr mußte der Vorsitzende, Bracke aus Braunschweig, wegen collossalen Lärms die Versammlung schließen und es wurde keifschlossen für heute nur solchen den Eintritt zu gestatten, welche sich als Parteigenossen legitimiren; deshalb bin ich sogleich wieder abgereist.

Der Verlauf der Versammlung war folgender: Bracke eröffnete, mit einer sehr inhaltlosen kurzen Rede — wenig Redneranteil zehend — die Versammlung, worauf Hof etwa 25 Minuten über Gewerkschaften referirte; auch seine Rede war schwach, ohne Kraft und ohne innern Gehalt, nur am Schluffe hob sie sich mehr, als er, die numerische Mehrheit unserer Ortsvereine über die Schweigerischen und internationalen Gewerkschaften anerkennend, unter Hinweis auf den Waldenburger Strife hervorhob, daß gerade unsere Schaaeren die social-demokratischen Reihen und zwar in sehr kurzer Zeit füllen würden. (?) Nach Hof sprach Ehlers aus Braunschweig, zeigte sich aber als gänzlich unbedeutender Redner, während der folgende: Scheil aus

Breslau durch seine Phrasen mehr Eindruck machte. Letzterer wollte eine Verschmelzung aller Gewerkschaften, während Stolle aus Grimmitzschau, dem entgegen sprach und seine Rede mit dem biblischen Spruche beendigte: „Ein Hirte und eine Heerde“. (Liebknecht als Hirte und die Arbeiter als Hammel!) Hierauf wollte Bebel sprechen, da aber ging der Lärm, der schon beim zweiten Redner begonnen hatte, erst recht los und die Stimme Bebel's war nicht mehr zu hören; drei viermal fing er zu sprechen an, aber immer wieder mußte er aufhören. Die Schweigerianer, Wolf aus Hamburg, ein Frankfurter und ein Offenbacher voran, verlangten das Wort, da die Sitzung öffentlich sei, erhielten es aber nicht, worauf sie immer und immer wieder gegen die Fortführung der Verhandlungen protestirten. Die Schweigerianer, die ich ebenfalls zählte, waren 120 Mann stark, als die Ersteren in geschlossener Colonne in den Saal einmarschirt und fanatisirt, während die Internationalen sich ruhig verhielten, aber eine klägliche Unentschlossenheit zeigten. (Ich hätte beinahe den Leuten helfen mögen!) Mehrmals wurde mit Polizei gebroht, es erschien jedoch keine und die Schweigerianer fürchteten sich nicht.

Ein schmähliches, klägliches Schauspiel! Zwei abgeforderte Parteien im Saale, jede sich als die alleinigen Repräsentanten der Arbeiter gebend und unter Handaufheben über ein „Pfi!“ der andern, abstimmend!! Die Internationalen waren beinahe zwei Drittel, rechnet man jedoch die Delegirten und Auswärtigen ab, so wären, was wirkliche Stuttgarter sind, die Schweigerianer entschieden in der Mehrheit gewesen. Aber was sind auch 300 gegen die 10—12,000 Stuttgarter Arbeiter? Im Ganzen kann dieser Sitzung bei allen Unparteiischen nur einen schlimmen Eindruck gemacht haben; die Social-Demokraten werden sicher keine Vorbeeren holen.

An den übrigen Tagen haben die Verhandlungen, da die nöthigen Vorichtsmaßregeln getroffen worden waren, ihren ruhigen Verlauf gehabt. Langatmige Resolutionen sind natürlich nicht ausgeblieben.

In Zürich wird am 12. September der Congreß der internationalen Friedens- und Freiheitsliga abgehalten werden. Auf der Tagesordnung des Congresses steht unter Anderem: „Welches sind die praktischen Mittel, die Abschaffung der stehenden Heere zu beschleunigen? Welches sind die ökonomischen und moralischen Mittel, jedweden Antagonismus zwischen den Bürgern aufzuheben? Welches sollen die Grundlagen und praktischen Bedingungen eines auf der Verneinung und der Wissenschaft basirten Unterrichts sein, welcher allen Individuen beiderlei Geschlechts der Entwicklung ihrer Fähigkeiten sichert?“

Wir verweisen schließlich auf den Bericht über eine in Berlin stattgehabte Maurerverammlung und auf das im Arbeitervereinstheil erwähnte Circular über den Verbandstag in Aischaffenburg und hoffen auf die lebhafte Theilnahme Seitens aller Vereine, da hochwichtige Gegenstände, zumal auch die Krankenkassenfrage, auf der Tagesordnung stehen.

### Gewerkvereins-Heil.

**Nach Berlin.**

§ In der Versammlung des Ortsvereins der Drechsel- und Berufsgeosenen am Sonnabend, den 2. d. M. gedachte zuerst der Vorsitzende Herr Dunder unseres verstorbenen Vorgesetzten, des Andenken des großen Volksmannes wurde von der Versammlung durch Erheben von den Eigen geehrt. — Es folgten sodann Vorträge, zum Kontrollirer wurde gewählt Hr. Konitz, zum Revisor Hr. Koch und als Vortrager über Genossenschaftswesen, und ermahnte schließlich die Branten des Vereins zum tüchtigen und erften Zusammenhalten.

**Oslo, 1. Juni.**

§ In der Versammlung des Ortsvereins der Feilenhauer und Metallarbeiter, den 4. Juni, wurde die Einrichtung der Krankenkasse nochmals erörtert, und die Erklärung des Hrn. Spengler, der anwesend war, daß er gern bereit sei, und durch seine Erfahrung, dabei in Zukunft zu unterstützen, mit Dank angenommen. Bei Verlesung der Statistik wurde auf mehrere Punkte aufmerksam gemacht, welche wesentlich zur Beförderung unseres Vereins beitragen sollen, als auf den Rechtshuh, Arbeiter-Vermittelung und Unterrichts-Kurse, insbesondere aber auf die Produktiv-Genossenschaften, welche in der nächsten Sitzung auf die Tages-Ordnung kommen werden, um bei vorkommenden Fällen einformirt zu sein.

Einen Antrag der strittenden Reistenergolber auf un-

terstützung aus der Vereinstasse, mußten wir zurückweisen, da wir nicht dazu berechtigt sind. Wir verweisen das Gesuch an den Generalkath. Da unsere Verfammlungen im Verhältnis zur Mitgliederzahl oft mangelhaft besucht werden, so wurden die Anwesenden ermahnt, sich mehr und thätiger zu beteiligen, indem Erörterungen und Anfragen, welche schon erwidrig sind, nur den Gang der Versammlung stören und aufhalten, wenn sie sich wiederholen.

Am Pfingstsonntage fand eine General-Versammlung des Ortsvereins der Maurer und Steinbauer statt, welche einberufen war zur Unterzeichnung der vom Central-Rath der deutschen Gewerksvereine an den Bundes-Rath ausgearbeiteten Petition zur baldigen Regulierung der freien, von den Arbeitern verwalteten, Kranken-, Sterbe- und Invalidenklassen. Herr Kuppel als Referent behandelte die Petition des geschäftsführenden Ausschusses des Fabrikantentages, welche in derselben hervorhebt, daß Arbeitgeber und Communen zu den Arbeiterklassen mit herangezogen werden möchten, um durch diese die Arbeiter vor Schäden zu bewahren. Jeder Arbeiter könne jedoch nur den Gedanken hegen, daß die Herren bezwecken, die Arbeiter noch ferner darin verworren zu können, indem sie dieselben in den alten Zwang zurückzuführen. Es sei daher Pflicht jeden Arbeiters durch die Petition dem Wünsche Ausdruck zu geben und Verwahrung gegen eine derartige Bevormundung einzulegen. Die Arbeiter besäßen die Kraft und Kenntnisse, ihre Kassen selbst zu wählen und zu verwalten und darum müsse auch jeder Arbeiter es als seine Ehre betrachten, diese Petition zu unterschreiben. Alle Redner, nicht bloß Vereinsmitglieder sondern auch Mitglieder des Allgemeinen deutschen Maurervereins, sprachen sich dahin aus, daß, wenn auch wenig Hoffnung auf Berücksichtigung der Petition sei, dieselbe nicht nachzulassen, sondern nach Hunderttausenden zählen müsse, denn nicht der Name des Einzelnen, sondern nur die große Zahl von Namen könne dazu beitragen, daß den Arbeitern das gewünschte wird, wozu sie gesetzlich berechtigt zu sein glauben. Es erklärten daher auch die Vorstandsmitglieder des Allgemeinen deutschen Maurervereins, daß die Petition nur die Wünsche für alle Arbeiter ausdrückt, müßig soll dieselbe auch am Mittwoch in ihrer Verammlung zur Uebersicht ausgelegt werden. Nichts hoch, wie in diesem Falle die Arbeiter in Fragen, welche die Interessen Aller betreffen, sich nicht mehr beklammeln, sondern gegenseitig unterstützen!

Der Ortsverein der Steinmeyer und Steinhauser hat in seiner am 7. Juni stattgehabten Versammlung den Wunsch an den Verband beschlossen. Mit den Meistern steht er augenblicklich noch in Unterhandlung und eine Einigung vorauszusagen. Für die im Strife befindlichen Kollegen in Hamburg hat der Verein die Summe von 50 Thalern abgemeldet.

Am 9. Mai fand in der Fabrik- und Handarbeiter unter sehr reger Theilnehmung der Mitglieder, einer großen Anzahl Gäste und mehrerer Arbeitgeber, sein erstes Stiftungsfest. Nachdem der Vorsitzende Herr Mühlhaupt in einer kräftigen Ansprache den Anwesenden für ihr zahlreiches Erscheinen seinen Dank ausgesprochen und mit einigen Worten der Bedeutung des heutigen Festes Erwähnung gethan, ergiff Hr. Landgraf, welcher unser wiederholtes Einladungs freundlichst gefolgt war, das Wort. Redner behandelte mit klaren, für Jedermann verständlichen Worten unsere Organisation, ermahnte zum Festhalten und zur Ausbreitung derselben. Auch auf die Frauen kam Redner zu sprechen. Dasselbe sind berufen an diesem großen nationalen Werte mitzuwirken, und zwar durch liebevolle Unterstützung ihrer Männer in den Bestrebungen und durch die Erziehung der Kinder, damit in diese schon der Keim für unsere Principien gelegt werde; keinen Klassenkampf wollen wir herausbeschwören, sondern Hand in Hand mit sämtlichen Gesellschaftsklassen eintreten für das Recht, das Gute und die Gleichberechtigung der Menschheit. Unter lebhaften Beifallsbezeugungen schloß der Redner seinen Vortrag, welcher wahrlich dazu beigetragen hat, so manchem Zuschauer die Augen zu öffnen, und uns neuen Zuwachs zuzuführen. Zur Verhinderung des Festes haben die Sänger des hiesigen Handwerker-Bildungsvereins, durch ihre kräftige Mitwirkung viel beigetragen. Ein früherer Fall hielt alle Anwesenden bis zur frühen Morgenstunde in der beisternten Stimmung beisammen. Hochmals unserm Landgraf, unsern verbindlichsten Dank. G. Schubert.

Der Ortsverein der Eisenarbeiter- und Fabrikbesitzer Peters hierelbst, der seine Arbeiter stets human und freundlich behandelt hat, hat auf Ersuchen des Ausschusses des Orts-Vereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter seinen Arbeitern eine Lohnverbesserung, nicht von 5 Sgr., wie wir erwarteten, sondern von 15 Sgr. pro Woche freiwillig gewährt. Es ist dies eine für unsere Verhältnisse sehr wichtige Lohnverbesserung, zumal da der Arbeit sehr leicht geht und der höchste Lohnsatz pro Woche 4 Thlr. beträgt. Wittlowitz, Sect.

Am 3. Juni abgehaltenen Versammlung der Ortsvereins der Schiffszimmerleute wurde Jahresabschluss gehalten. Die Einnahmen des verflohenen Jahres betragen 266 Thlr. 27 Sgr. 4 Pf., die Ausgaben 230 Thlr. 23 Sgr. 4 Pf. Von den Ausgaben sind 50 Thlr. dem Vorjahrs-Verein übergeben, es bleibt ein Kapital von 86 Thlr. 4 Sgr. 2 Pf. Mitglieder haben wir 131. Sodann wurden die Rechnungen und Abschlüsse der Kranken- und Begräbnis-Kasse vorgelesen. Darauf wurde zum Vorsitzenden Hr. Stank und zu dessen Stellvertreter Hr. Schulz gewählt. Zum Besten der Bibliothek wurde eine gemeinschaftliche Fahrt auf dem von untern Vereinsgenossen Kongowel selbst erbauten Segel-Kutter „Amerika“ beschlossen, zu demselben Zweck soll auch ein von Hr. Koch geschenktes Bild verlost werden. Schließlich wurde zum Verwalter der Uebersicht des Schwertsegers gewählt. A. Kerner, Orts-Sect.

Folgende Erklärung geht uns zur Veröffentlichung zu: § Fortk, 8. Juni. Da die, in dem vierorts am 28. Mai von den Reichstagsabgeordneten Hr. Bebel gehaltenen Vortrag ausgeprägten Grundzüge und Ziele der Social-Demokratie nach unserer Ueberzeugung ohne gemeinsamen Umsturz aller bestehenden Verhältnisse nicht durchführbar, andererseits nach gewaltsamer Durchführung ein so allgemeines Zusammenwirken aller Menschen, wie nötig wäre, um das so schön vorgemalte Ideal zu erreichen, zu dem Unmöglichkeit gehört, überhaupt jedes gewaltsame und geschwindige Vorgehen unfern Grundrissen zuwider ist, so beschließt die Versammlung der Fabrik- und Handarbeiter einstimmig: sich von derartigen Rednern nicht verleiten zu lassen und auch fernerhin dem Prinzip der Selbsthilfe treu zu bleiben. R. Schorer, Orts-Sect.

§ Stöttingen. Die hiesigen Maurer (größtentheils Mitglieder des Gewerksvereins) haben auf gültlichem Wege die Verkürzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden und zugleich eine Lohnerhöhung erlangt.

§ Hilschenbach. In der am 29. Mai stattgehabten Ortsversammlung der hiesigen Lederarbeiter fand die definitive Wahl des Ausschusses statt, und ergab dieselbe folgendes Resultat: H. Schmidt, Vorst. B. Stein, Stellv. A. Hertel, Sect. G. Ring, Cass. W. Schanz, Contr. W. Stahl, Beil. Tellmann, Beil. S. Krämer, Rev. S. Solms, Rev. Zugleich beschloß die Versammlung baldigst mit dem Beitritt zur Invalidenklasse vorzugehen, und vorläufig noch in der hiesigen Ortskassenliste zu verbleiben. A. Hertel, Orts-Sectretär.

§ Koggenau. In der am 8. Mai abgehaltenen Ortsversammlung der Maschinenbau- und Metallarbeiter wurde mit Constitution der Krankencasse des Gewerksvereins vorgegangen. Obwohl in unserer lokalen Krankencasse die Anforderungen der Arbeiter immer noch genügt wird, traten da jedoch 13 Mitglieder dieser Klasse bei und es steht noch eine weit härtere Bethelung bevor. Wünschenswert wäre es, daß jeder Verein mit der Gründung von Krankencassen recht bald vorgehen möchte, damit der Beschluß des Fabrikanten-Vereins beim Bundesrathe sich so möglichst leicht Geltung verschaffen könnte und nicht so mühsam Errungene uns wieder entwandten würde. Franz Schubert, Orts-Sect.

§ Koggenau. Sonntag den 22. Mai tagten in Primkenau die Delegierten des Koggenauer Bezirksvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter. Vertreter von Koggenau durch drei, Neusalz durch drei, Gremsdorf durch zwei, Primkenau durch zwei und Rittligtreben durch zwei Delegirte. Lorenzdorf und Neuhammer waren nicht erschienen. Nach der Begrüßung der Delegierten seitens des Herrn Sandner, Vorsitzenden des Ortsvereins Primkenau, erstellte derselbe Hr. Rein das Wort, welcher in einem 1 1/2 stündigen Vortrage, den Socialismus, die Lohnfrage und durch diese die Entwidlung und das Wachstum der Gewerksvereine behandelte. Er legte der Versammlung dringend an's Herz nicht zu ermüden auf unserm betretenden Pfade: feste Einigkeit und strenge Moralität würde uns zum Ziele führen. Redner erbat die ungetheiltesten Beifall.

Auf der Tagesordnung war zunächst die Beratung des Bezirksvereinsstatut. Dasselbe wurde bis auf geringe Kleinigkeiten so angenommen, wie der Entwurf vorlag. Als dringend notwendig wurde eine regere Bethelung zur Invaliden- und Krankencasse erachtet. Betreffs der Wanderunterstützungslasse wurde beantragt, daß jeder Verein eine solche Kasse, wie sie Koggenau bereits seit einem Jahre eingeführt hat, ins Leben rufe und nur an Vereinsmitglieder, seien es Former, Schloßer, Maschinenbauer, Schmiede u. s. w. das übliche Fremdengehalt ausstehle. Beschlossen wurde, daß Mitglieder nicht allein auf ihr Statutenbuch sondern nur auf ihre vom betreffenden Ortssecretär ausgestellte Legitimation Geßent erhalten, denn häufig schon ist der Fall dagewesen, daß Personen, welche wegen großer Fabriklosigkeit dem Verein nicht mehr angehören, immer noch durch ihre Statutenbücher die Vereine auszubeten suchten. Diese Legitimationen haben sich bei uns schon vortrefflich bewährt und es wäre erwünscht, daß solche durch alle Vereine eingeführt würden. Betreffs der Gehälter der Ortssecretäre und Kassierer wurde bestimmt, daß selbige 4% der Einnahme erhalten sollen. Dem Bezirkssecretär resp. Bezirksrendanten wurden für ihre Arbeiten auf die Dauer eines Jahres bis auf

Weiteres 3 Thlr. bewilligt. Als dringend notwendig wurde empfohlen, daß die Uebrigere Produktionsgenossenschaft von sämtlichen Vereinsmitgliedern mehr Beachtung finden möge. Als wünschenswert wurde anerkannt in der ersten Generalversammlung des Gewerksvereins den Antrag zu stellen, mit Wittwenpensionskassen vorzugehen. Beschlossen wurde noch, vom nächsten Winterhalbjahr an, mit Unterrichtskursen, namentlich für jugendliche Arbeiter vorzugehen und sich zu diesem Zwecke geeignete Sachen anzuschaffen. Die Vorstände sämtlicher zum Bezirks-Verein gehörigen Ortsvereine wurden angewiesen, sobald als möglich ihre Invalidengelder an den Schatzmeister des Gewerksvereins abzuliefern. Der Wunsch aller Mitglieder ist, daß Hr. Dr. Hirsch oder sonst ein tüchtiger Vertreter der Gewerksvereine die Vereine niederschließend bald bereisen möchte, da hier noch ein großes Feld der Thätigkeit offen liegt. Zum Schluß wurde noch ein schönes Gedicht vorgelesen und eine Abhandlung über Selbstmord, welche namentlich den Leitern der Vereine ihre Pflichten warm an's Herz legte und so (schloß die Versammlung nach 5 1/2 stünd. Sitzung. Jeder ging mit dem Vorworte weg, unverdrossen, selbstschloßen seinen Pflichten aufs Gewissenhafteste nachzukommen. Als Ort der nächstjährigen Versammlung wurde Neusalz a. D. bestimmt. Zur Zeit besteht der Bezirks-Verein aus circa 430 Mitglieder; wir hoffen jedoch im Laufe der Zeit einen Verband durch ganz Nieder-Schlesien begründen zu können. In den Vorstand wurden gewählt, die Herren A. Rein, Vorst. G. Scheib, Stellv. Fr. Schubert, Sect. E. Raabe, Rendant. A. Gottschalk, Contr. sämtliche von Koggenau. Alle Beisitzer die Herren: Sander, Primkenau, Kegel, Neusalz a. D. Abel, Gremsdorf, Bentert, Rittligtreben. G. Schanz und Lang vereinigte alle noch bis zum Witternadt. A. Rein, Vorst. Franz Schubert, Bez.-Sect.

§ Warffissa. Am 28ten Mai sprach hier zu unserer Freude Hr. Landgraf aus Berlin vor einer Versammlung von Arbeitgebern und Arbeitern über die sociale Frage und die Mittel zur Hebung der arbeitenden Klasse, und speziell über die Gewerksvereine. Sein Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen und machte sichtlichen Eindruck auf die Zuhörer, die wohl ganz etwas Aebres erwartet haben mochten. Unter den Anwesenden befand sich auch der Bürgermeister, der jene erwidert geordnete Polizeitragung vom 24. März 1870 erlassen hat. Sein Sinn scheint sich noch nicht geändert zu haben, denn nur er allein begleitete Landgraf's Rede mit seinem überlegenen, ironischen Wachen und äußerte später, er werde stets gegen die Gewerksvereine Partei nehmen. Die Arbeiter sind dennoch entschlossen, trotz aller Hindernisse, welche ihnen bereit werden, fest an der Organisation zu halten und nach Kräften für weitere Ausbreitung zu sorgen. § Goggenau, 1. Juni. Bei der am 4. Juni abgehaltenen Orts-Versammlung der Stahlarbeiter wurde die Neuwahl des Vorstandes vollzogen und wurden gewählt die Herren: Wiesner, Vorst.; A. Jurek, Stellv.; Hellerbach (Kreislüder 8), Sect.; G. Dittmann, Cass.; E. Neppold, Contr.; Franz, Blum, Rev.; Bordenhagen, Gram, Noier, Beil. Briefe in Sachen des Orts-Vereins der Stahlarbeiter sind von jetzt an unterzeichnet zu richten. G. Hellerbach, Orts-Sect.

§ Goggenau. Wie hier bei uns die Social-Demokraten wählen, so schreibt man uns mit Rücksicht auf die schon aus Halbenburg mitgetheilten Nachrichten, ist in der That lächerlich. In demselben Halbsaule, wo wir mit Freund Schröder und den andern Braven Bezirks-Ausschüßungen und Ortsversammlungen halten, hat der nummehrige Arbeiter-Apostel Panger seine unfehlbaren Radical-Mittel zur allein richtigen Erhaltung und bestimmten Erhaltung von Arbeiter-Muth und Wohl ausgebreitet. — nun ich weiß davon aus dem Jahre 1848 zu erzählen. Menschengeld und Völkerverwohl schafft nur Wissenschaft, Bildung und ernstes nimmer erschaffendes männliches Streben, im Verbanne mit gleich schaffenden starken Seelen; so viel, wir werth sind, ist auch unsere Sache, und noch ist jedem ehrliehen beharrlichen Streben im Kampfe für Wahrheit und Recht, (ja! es geht langsam, will auch wohl stöcken!) zu allen Zeiten auch in Etwas ein Erfolg geworden. — Heute Gewerksverein! Morgen Social-Demokratie hoch! Nun die Zeit wird's lehren, immer ruhig aber fest, und treu und ehrlich weiter. —

§ Schaffadt, 7. Juni. In der am 29ten v. M. abgehaltenen Generalversammlung der Fabrik- und Handarbeiter wurde einstimmig als Stellvertreter des Vorsitzenden Herr Wilhelm Marx gewählt. Sodann hatte der Ausschuh in seinen früheren Sitzungen mit Hrn. Kaufmann R. A. Wenzel einen Consum-Vereins-Contrakt auf ein Jahr abgeschlossen, worin sich Ersterer auf ein Jahr verpflichtet, sämtlichen Orts-Vereins-Mitgliedern gute Waare, gut Gewicht und zu den gewöhnlichen Tagespreisen zu liefern und von 100 Thlr. den Vereins-Mitgliedern 7% Rabatt zu bewilligen. Hrn. Kassirer des Consum-Vereins wurde gewählt: die Herrn August Diegel und G. Louis Eck. So gelangen wir einstweilen zu einem kleinen Kapital, denn es sind 160 Familien, welche ihre betretende Waare da abholen; so z. B. haben in der ersten Woche die Kassirer 125 Thlr. eingenommen. — Sodann wurde zu der Kranken-, Begräbnis- und In-

willenslose Übergangen, mit deren Konstitution wir aber noch nicht zu Ende sind, weil sehr viele Fremde von dem nacheliebenden Dörfern anwesend waren und den betreffenden Kassen beitraten, so daß wir unsre Mitglieder einstweilen zurückweisen mußten.

**Wilhelm Patzsch, Secr.**  
§ 1. **Widerrücknahme.** Der Streit der Maurer hat mit einem glücklichen Erfolge gedeutet, indem den Arbeitnehmern nunmehr eine zehnstündige Arbeitszeit von Seiten der Meister bewilligt worden ist. Die gleichzeitig verlangte Lohnherabsetzung ist vorläufig bei Seite gelegt worden. — Da seit Gründung der Krankenkasse des Orts-Vereins die andere hiesige Kasse ganz eingeschlossen ist und die Arbeitgeber, welche sich früher an dieser beteiligten, passiv zusehen, in Folge dessen eine große Anzahl Arbeiter in gar keiner Kasse waren, was zu argen Mißständen bei den hier herrschenden Fiebern führte, so hat endlich die Polizei die Sache in die Hand genommen und will eine neue Kasse bilden, in der dem Arbeiter seine Stimme gelassen wird und zu deren Gründung auch unser Vorstand herangezogen worden ist. Auf das Bestehen unserer Kasse hat dies weiter keinen Einfluß.

**Arbeitervereins-Theil.**

Der Vorort des deutschen Arbeiterbundes, Karlsruhe, erläßt unter dem 30. Mai ein Circular an sämtliche, dem Arbeiterbunde angehörige Vereine, in welchem er unter Hinweis darauf, daß von Seiten vieler Vereine eine Beteiligung zu dem Verbandstage nicht zugesagt wurde, mitteilt, daß der diesjährige Verbandstag des Arbeiterbundes am 19. Juni, also den zweiten Sonntag nach Pfingsten in Aachenburg abgehalten werden soll. Eine Vorberespersion findet bereits am Sonnabend Abend im Vereinslocale der Aachener Arbeitervereinsgenossen statt. Die Verhandlungen sollen so eingetheilt werden, daß die Teilnehmer spätestens Montag Abend abreisen können. Anders der Vorort an das Pflichtgefühl der Vereine appelliert, hält er sich überzeugt, daß dieselben nicht einen laß- und tröstlichen, sondern einen lebendigen und ihre Lebenskraft betätigende Vereinigung angeschlossen wollen. Es ist dringend notwendig, daß sämtliche Vereine sich rege beteiligen; die Social-Demokratie frohlockt bereits, daß der Arbeiterbund so schlüssig erscheint und will triumphieren, daß ein Verbandstag nicht zu Stande kommen soll. Wir zweifeln keinen Augenblick, daß unsere Arbeitervereine einen glänzenden Gegenbeweis liefern werden. — Auf der Tagesordnung stehen vorläufig folgende Gegenstände: Bericht des Vororts durch den Vorl. Jul. Schulze; Arbeitsstatistik (laut Beschluß des Kassier Tages), Dr. Spemann aus Karlsruhe; Bildung von Gewerkschaften, Stöcker, Pörschmann; Stellung der Arbeiter Bildungsvereine zu den Fabrikanten-Vereinen, Jul. Schulze; Frage der Zwangs- und der freien Kassen, Hornwart, Bremen; Renouveau des Vororts. — Die Liste der Verbandsvereine zeigt ein Mitgliederverzeichniß von 6439 Mitgliedern.

**Verbands-Theil.**

**Statut des Verbandes der Berliner Orts-Vereine.**

**Zweck des Verbandes.**

§ 1. Der Verband der Berliner Orts-Vereine bezweckt die gegenseitige Förderung der Vereinsinteressen und der Rechte seiner Mitglieder, hauptsächlich solcher, welcher localer Natur sind.  
Bedingungen des Eintritts und Austritts.  
§ 2. Jeder, in Berlin oder dreimeiligen Umkreise, auf Grund der Berliner Masterstatuten konstituirte Orts-Verein ist berechtigt in den Orts-Verband einzutreten, und geschieht dies durch schriftliche Anmeldung beim Schriftführer, unter Angabe der Adresse des Ausschusses und der Vertreter (§ 7.) sowie der Mitgliederzahl.  
§ 3. Der Austritt aus dem Verbands erfolgt entweder freiwillig durch schriftliche Abmeldung beim Schriftführer, oder auf Beschluß des Verbandes, wenn Vereine ihre statutenmäßige Leistungen zu erfüllen sich weigern, oder die im Masterstatut ausgesprochenen Prinzipien verletzen. Die Beschlußfassung hierüber bedarf 2/3 Majorität. Jedoch ist der austretende Verein verpflichtet, zwei Monate nach der Austrittserklärung die Beiträge für bestehende Einrichtungen zu bezahlen, wofür ihm die Berechtigung zur Theilnahme an derselben auf dieselbe Zeitdauer verbleibt.  
Pflichten und Rechte der zum Orts-Verband gehörenden Orts-Vereine.  
§ 4. Jeder zum Orts-Verband gehörende Orts-Verein ist verpflichtet, den Verbandstatuten und den Beschlüssen des Verbandes nachzukommen, und die auf ihn fallenden Beiträge pünktlich an den Vorsitzenden abzuliefern. Die Vertheilung dieser Beiträge erfolgt nach Höhe der Kopfzahl, und haben die Vertreter zur Feststellung derselben zweimonatlich die Angabe der Höhe der Mitgliederzahl ihrer Vereine zu erneuern.

§ 5. Jeder zum Orts-Verband gehörende Verein hat das Recht, in demselben nach Maßgabe des § 7. vertreten zu sein.  
Anträge, welche sich auf neue Einrichtungen, oder auf Änderungen bestehender, oder auf der Vereinsbewegung in Verbindung zu bringende allgemeine Angelegenheiten beziehen, können von den Vereinen nur durch ihre Vertreter gestellt werden.

**Organisation des Verbandes.**

§ 6. Der Verband der Berliner Orts-Vereine ist föderalistisch. Seine Organe sind:  
1) Die gewählten Vertreter als beratende und beschließende Behörde.  
2) Der aus denselben gewählte Vorstand als ausführende Behörde.  
Wahl der Vertreter.  
§ 7. Die Orts-Vereine wählen aus ihrer Mitte bei einer Mitgliederzahl bis 100 einen, von 100-200 zwei und für jede weitere volle 200 einen Vertreter mehr. Die Wahl ist auf ein Jahr gültig und hat dieselbe stets zu Anfang des Kalenderjahres stattzufinden.  
Der Vorstand.  
§ 8. Die Vertreter wählen aus ihrer Mitte ebenfalls auf Dauer eines Kalenderjahres mit absoluter Majorität und in geheimer Abstimmung einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter, einen Schriftführer und dessen Stellvertreter und 3 Beisitzer. Sämmtliche Aemter sind unbesoldet.  
§ 9. Der Vorstand versammelt sich regelmäßig mindestens alle 14 Tage zur Erledigung der laufenden Geschäfte, Vorberatung der Anträge, Ernennung von Referenten zu denselben, Festlegung der Tagesordnung u. s. w.  
§ 10. Der Vorsitzende, oder im Behinderungsfall dessen Stellvertreter, beruft und leitet die Vorstandssitzungen und vertritt den Verband nach Maßgabe der Geschäftsordnung. Derselbe hat die Pflicht, die Vertreter allmonatlich einmal an einem bestimmten Tage, durch Bekanntmachung, welche 2 Tage vorher erfolgen, und in welcher die Tagesordnung angeführt sein muß, zusammen zu berufen. Der Verband ist nur beschlußfähig, wenn 2/3 sämmtlicher Vertreter anwesend sind.  
§ 11. Der Vorsitzende hat außerdem die Pflicht, dem Vorstand und dieser dem Verband gegenüber halbjährlich Rechnung über die Einnahmen und Ausgaben abzugeben.  
§ 12. Der Schriftführer, oder im Behinderungsfall dessen Stellvertreter, führt in den Vorstandssitzungen und Verhandlungen das Protokoll, und hat dafür Sorge zu tragen, daß aus demselben ein Auszug, welcher die wichtigsten Gegenstände enthalte, in den Verbandsorganen veröffentlicht wird.  
§ 13. Dieses Statut tritt mit dem 1. Juli in Kraft.

Ich erlaube mir sämtliche Orts-Vereine, welche auf Grund dieses Statuts im Verbands bleiben, resp. sich demselben anschließen wollen, dies unter Beobachtung der Vorschriften des § 2. dem derzeitigen Schriftführer, Hrn. B. Burschel, Dresdenstr. 127, bis zum 1. Juli anzeigen zu wollen.  
A. Hoffmann, d. B. Vorl.

**Aufruf!**

Durch den von sämmtlichen Leisten-Vergolder-Gehilfen Berlin seit 4 Wochen ausgebrochenen Strike hat unsere Ortsvereins-Kasse sämtliche Gelder an Unterstützung vorausgibt. Arbeiter und Kollegen Deutschlands! Wir richten deshalb die Bitte an Euch, uns, da wir seit Jahren für einen täglichlichen Lohn arbeiten müssen, in unseren Forderungen, die bereits von unsern Arbeitgebern anerkannt sind, beizustehen. Unsere direkten Arbeitgeber, selbst abhängig von den größeren, speciell den englischen Geschäften, sind selbst nicht im Stande, die verlangten Preise zu zahlen, sind aber unserer Meinung, daß wir ausharren sollen. Die Zahl unserer frustrierten Kollegen beträgt noch ca. 60, davon sind die Meisten verheiratet; die jungen Kräfte haben bereits Berlin verlassen. Wir erlauben, sämtliche Gelder an den Vorsitzenden der Strike-Kommissionen Herrn Gampke, Prinzenstr. 93, vorn 4 Treppen eingehend.  
E. Tschöke,  
Stellv. Vorl.  
\* Der Generalrat des Lederarbeiter versammelt sich Mittwoch, den 15. ds., Abends 8 Uhr, in der Rosenhaldenstr. 56 bei Renner.  
\* In den Generalrat des Gewerkschafts der Zimmerleute werden gewählt: Schmeppert zum Vorsitzenden; Hesse zum Stellvertreter; Thiem zum Schatzmeister; Pfannkuch, Generalsekretär; Walter, Preuß, Gerich sen., Gönrich, Ulm als Generalratsmitglieder. Zu Stellvertretern wurden gewählt: Jäger, Lange, Knechtke, Naab, Stolberg, Klein, Rudolph, Kumpje jun.  
Gleichzeitig fordere ich diejenigen Orts-Vereine, welche ein Generalratsmitglied zu wählen haben, auf, umgehend damit vorzugehen und mit resp. dem Generalsekretär davon Nachricht zu geben.  
Kraiger, Ortssekretär,  
Baruthstr. 4.  
\* Ich bin aus Oberschlesien zurückgekehrt.  
Dugo Volke,  
Schillingstr. 1a. II.

\* Der Productiv-Gesellschaft für Wollen-Fabrikation zu Frankfurt erlaube ich mir zu ihrem ferneren Unternehmen das beste Glück zu wünschen. Sollte sich das Bedürfnis einer Wollen-Fabrikations-Fabrikation für Aachen machen so stehe ich gern mit Rath und That ohne Interesse zur Seite.  
Gleiwitz, 7. Juni 1870.  
R. Freund,  
Färberei-Besitzer.

**Vereins-Statistik.**

Ich erinnere nochmals, daß der letzte Termin zur Einlieferung der ausgefüllten Formulare am 15. Juni abläuft. Diejenigen Ortsvereine, die bis dahin nicht abgeliefert haben, können selbstverständlich auch den Jahresbericht nicht unentgeltlich erhalten.  
Dr. Max Girsch, Verbands-Anwalt.

**An alle Verbands-Genossen.**

Zu einer mir ärglich angethanen Anekdote reise ich am 10. d. M. über Thüringen nach Pyrmont (Fürstenthum Waldeck), um dort bis Mitte Juli zu verbleiben. Während dieser Zeit bin ich selbstverständlich nicht in der Lage, Einladungen zu Versammlungen u. anzunehmen, kann auch deshalb dem Verbandstag des deutschen Arbeiterbundes in Aachenburg zu meinem lebhaften Bedauern nicht beiwohnen. Dagegen hoffe ich im August und September einige Reisen in Vereins-Angelegenheiten machen zu können. Alle Briefe und Sendungen für den Verband, die Verbands-Inspektionskassen und des Verbands-Organen wolle man während meiner Abwesenheit an Hrn. G. Langgraf, Meanderstr. 30 adressiren, bei welchem sich inzwischen das Verbands-Büreau befindet. — Briefe und Sendungen aber, welche für mich persönlich bestimmt sind, bitte ich vom 15. ds. ab an meine Adresse, Pyrmont, poste restante zu richten.  
Berlin, 10. Juni 1870.  
Mit genossenschaftlichem Gruß  
Dr. Max Girsch,  
Verbands-Anwalt.

**Stenographische.**

Den Vortrag, welchen Dr. Max Girsch am 22. Mai in Grünberg gehalten, hat Herr Herrm. Schwarzrod fast wörtlich nachgeschrieben und auf seine Kosten drucken lassen. Derselbe Herr hat die Güte gehabt, dem Verbands-Büreau einige 100 Exemplare der 18 Seiten starken Broschüre zur Verfügung zu stellen, welche a 1 Egr. vom Besten der Agitation verkauft werden. Der Grünberger Vortrag des Anwalts unterscheidet sich wesentlich von dem früher gedruckten, indem eritlicher die Entstehungsgeschichte der Gewerksvereine die Einigungsämter und die freien Unterstützungsstellen besonders hervorhebt. Für klaren und reinen Eitel hat der Herr Herausgeber Sorge getragen. — Wir können die Broschüre vorzüglich zu Agitationszwecken dringend empfehlen.

Für die Stublarbeiter in Frankfurt a. M. von dem Orts-Verein der Schneider in Stralund 4 Egr. 23 Egr. von dem Orts-Verein der Tischler in Danzig, freiwillige Steuer 5 Egr. 10 Egr.

Für die **Waldburger Bergleute** sind nach eingegangenen Orts-Verein der Porzellanarbeiter zu Kärntenberg a. M. 2 Egr. 2 Egr. Orts-Verein der Maschinenbauer zu Greifswald 6 Egr. 22 Egr. Orts-Verein der Tischler zu Königsberg i. Pr. 1 Egr. 10 Egr. Orts-Verein der Schiffszimmerer zu Danzig 3 Egr. 28 Egr. Orts-Verein der Schneider zu Greifswald 2 Egr. 10 Egr. Arbeiter-Bildungsverein zu Gannstadt 22 Egr. D. Red.

**Versammlungen.** D. B. der Klempner und Metallarbeiter, Sonnabend, d. 11. Juni, Ab. 8 Uhr, Dresdenstr. 85. — D. B. der Schneider, Mittwoch, d. 15. ds., Ab. 8 1/2 Uhr in Rasse Humboldt-Rene Grünstr. 32. — D. B. Wahl eines Vorsitzenden. — Königsberg: D. B. der Tischler, Sonnabend, d. 11. ds., Ab. 8 1/2 Uhr in der Parlamentshalle, Landbergstr. 38. — I. D. Vortrag des Hrn. Schädler. — D. B. der Schuhmacher, Montag, d. 13. ds., Ab. 8 Uhr, Maurerstr. 78. — D. B. der Sattler, Sonnabend, d. 11. ds., Ab. 8 1/2 Uhr, Krausenstraße 11.

**Briefkasten.**

Miersch, Spremberg. Es ist selbstverständlich, daß viele Mitglieder eines Gewerksvereins auch der Inspektionskassen beitreten können. Mit Verlangen unser Expedient hat aus Versehen die Formulare der Petitionen auch mit an die süddeutschen Vereine versandt. Unterschritten aus Staaten, die dem Norddeutschen Bunde nicht angehören, haben bei einer Petition an den Bundesrat natürlich kein Gewicht. — Frau, Dabluhr. Wenn Ihnen der Redacteur des vorliegenden Kreisblattes die unentgeltliche Aufnahme versprochen hat, so darf er jetzt keine Gebühren fordern.